

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 16. Ratssitzung vom 26. September 2018

406. 2018/131 Weisung vom 04.04.2018: Stadtkanzlei, Geschäftsbericht 2017

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2017 (Beilage) wird abgenommen.

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 04.04.2018
- Geschäftsbericht 2017
- Bericht und Antrag der GPK vom 17.09.2018

Statistik betreffend Abschreibungsanträge	
Abschreibungsanträge GPK*	67
Nichtabschreibungsanträge GPK	88
= Total Abschreibungsanträge Stadtrat*	155

Referentin zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsmehrheit:

Christine Seidler (SP): *Der Geschäftsbericht ist der Spiegel dessen, was die Stadt in ihren positiven Aspekten, aber auch in ihren Herausforderungen, beschäftigt. Lang wurde in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) diskutiert, ob die Form des Geschäftsberichtes in seiner Ausführlichkeit die richtige Form dafür ist. Ich persönlich plädiere sehr dafür. Nicht nur die Schönwetterberichte, sondern auch die selbstkritischen Vorworte gewisser Departemente und die ehrliche Auseinandersetzung mit Schwierigkeiten schätzte die GPK sehr. Mit dem Thema einer wachsenden Stadt mit schwierigen Herausforderungen im demographischen Wandel und sich verändernden Stadtstrukturen sind Schnittstellenthemen an der Tagesordnung. Wir von der GPK wünschen uns, dass auch diese Schnittstellenthemen vermehrt im Geschäftsbericht aufgenommen würden. Die GPK hat im Sinne des Artikels 37 Absatz 2 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Stadtrats geprüft und stellte schriftliche und mündliche Fragen und beriet die Antworten. Mit Ausnahme des Präsidialdepartements führte jeder Referent und jede Referentin zudem mit dem für das entsprechende Departement zuständigen Stadtratmitglied, beziehungsweise der Stadtschreiberin, eine ausführliche Besprechung über das Geschäftsjahr 2017. In der GPK erstatteten wir über das Gespräch Bericht und fassten zuhanden des vorliegenden Berichts einige Aspekte zusammen. Wir hatten eine Neukonstituierung, die auch eine Verschiebung in der Beratung des Geschäftsberichts ergeben hat. So konnten die Referenten und Referentinnen nicht wie üblich vor der Behandlung des Geschäftsberichtes mit den Departementsvorstehern, Departementsvorsteherinnen oder der Stadtschreiberin Gespräche führen. Wie im Vorjahr konnten für die*

GPK mit der dritten Lesung, mit Ausnahme des Gesundheits- und Umweltdepartments (GUD), die Fragen genügend beantwortet werden, sodass im Rahmen der Beratung des Geschäftsberichts 2017 keine weiteren Rückfragen gestellt wurden. Im Finanzdepartement beschäftigt uns schon seit vielen Jahren die Umsetzung der HR-Strategie. Die Rolle der Stadt als grosse Arbeitgeberin ist von grundlegender Bedeutung. Nicht nur im Sinne der Zufriedenheit der täglich arbeitenden Menschen der Stadt, sondern auch im Fokus als attraktive Arbeitgeberin. Das entsprechende Gesamtprojekt wurde im Berichtsjahr fortgesetzt und soll im Herbst 2018 planmässig abgeschlossen werden. 2017 wurde die dritte gesamtstädtische Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Auch der Vergleich mit den beiden vorangehenden Befragungen liefert dabei relevante Erkenntnisse. Die daraus abzuleitenden Massnahmen sind dezentral zu erarbeiten. Die GPK erwartet hier, dass die Dienstabteilungen ihre Verantwortung wahrnehmen und dies durch das zuständige Stadtratsmitglied sichergestellt wird. Neben dem Tiefbaudepartement (TED) beschäftigte uns das GUD besonders. Während des vergangenen Jahres gehörten das GUD und das TED zu den arbeitsintensivsten Departementen. Im GUD waren dafür vor allem personelle Veränderungen bei der Stiftung Alterswohnungen, die Reorganisation der städtischen Gesundheitsdienste und die Kosten und Strategie der Stadtspitäler verantwortlich. Es ist bekannt, dass die Ereignisse der Dienstabteilung Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) zu einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) geführt haben und nun dort behandelt werden. Der Wechsel im Referat des Hochbaudepartements (HBD) brachte es mit sich, dass auch die Erörterung einiger Querschnittsthemen anstand. Das hat uns sehr gefreut. Das Vorwort des Vorstehers des HBD im Kapitel des Geschäftsberichts beleuchtete die Beziehung zwischen Verwaltung und Politik. Die Idee eines Treffens zwischen Verwaltungskader und Gemeinderäten und Gemeinderätinnen wurde von beiden Seiten als sehr geeignet betrachtet, um die beiden Welten einander näher zu bringen. Allzu oft wird dies fälschlicherweise als selbstverständlich vorausgesetzt, was nicht sehr hilfreich für die gute Zusammenarbeit von Verwaltung und Gemeinderat ist. Die Personalentwicklung, speziell der Frauenanteil und die auf den ersten Blick geringe Lehrlingsquote, war auch ein Thema. Im HBD lässt sich die geringe Lehrlingsquote auf die branchenüblichen Praktika zurückführen. Das HBD ist sich auch der Diversityproblematik bewusst. Auch im Schul- und Sportdepartement (SSD) zeigt sich die wachsende Stadt als Herausforderung. Die Anzahl Schüler und Schülerinnen nimmt nach wie vor zu und die Auslastung der Infrastruktur kommt an ihre Grenzen. Trotz markantem Bevölkerungswachstum haben sich Stellenwerte und die Anzahl Mitarbeiter des SSD nicht signifikant verändert. Aber auch hier sind die Kaderstellen von Männern besetzt. Ein weiteres Thema ist die Umsetzung des Lehrplans 21 an der Schnittstelle mit dem Kanton. Die schwierige Wohnsituation von Sozialhilfebezüglerinnen und Sozialhilfebezügern stimmte uns im Bericht des Sozialdepartements ein wenig nachdenklich. Die GPK verlangte deshalb vom Vorsteher des Sozialdepartements Informationen über die Strategie zur Wohnsituation in diesem Bereich. Auch hier kommen wir nicht umhin, uns mit privaten Grund- oder Hauseigentümern zu verbünden, um dieser schwierigen Herausforderung Rechnung zu tragen. Im Rahmen des Geschäftsberichts wird zum letzten Mal gemäss Artikel 95 geprüft, welche Postulate abgeschrieben werden und welche nicht. Mit dem Beschluss vom 4. Juli 2018 trennte der Gemeinderat die Beratung des Geschäftsberichts und der Abschreibungsanträge zu den Postulaten. Die diesjährige Beratung erfolgte in der GPK jedoch noch gemeinsam, weshalb

der Gemeinderat hier zum letzten Mal so beschliesst. Es ist löblich, dass der Stadtrat in Bezug auf Motionen fristgerecht Anträge an den Gemeinderat stellte. Die GPK möchte sich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung für ihren grossen Einsatz bedanken. Dem Stadtrat, der Stadtschreiberin, dem Rechtskonsulenten des Stadtrats, den Departementssekretärinnen und -sekretären dankt die GPK für die gute Zusammenarbeit und für die ausführlichen Beantwortungen der Rückfragen.

Kommissionsminderheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Man muss sich zuerst fragen, ob wir über den Bericht sprechen oder über die Arbeit des Stadtrats, die der Bericht wiedergibt. Wir haben immer wieder gesagt, dass der Bericht eine Art Plädoyer für eine gute Arbeit sei und Negatives und Bedenkliches sucht man dann darin oft vergeblich. Die Arbeit des Stadtrats ist daher zu hinterfragen. Der Bericht enthält unter anderem die Arbeit der Stadtkanzlei, ohne deren Arbeit in der Stadt nichts funktionieren würde. Auch die Bürgerrechtsgesuche werden hier solide bearbeitet und das Amtsblatt wurde digitalisiert – dabei ist fraglich, was mit den Personen ohne Online-Zugang geschieht. Das TED ist ein sehr schwieriges Departement. Es besteht in der polarisierten Atmosphäre das Risiko, dass man nur noch falsch agieren und nichts mehr richtig machen kann. Der Vorsteher hat eine Müllhalde geerbt, die bis weit in die Vergangenheit reicht. Ein Lichtblick ist hier Grün Stadt Zürich. Der ehemalige Vorsteher des Departements reagierte immer sehr schnell, wenn man Kritik publiziert. Als ich vor zwei Jahren monierte, dass vor dem Parkhaus Irchel bis zur Tramstation nachts nur noch die Hälfte der Leuchten an waren, dauerte es nicht lange bis wieder alle Leuchten brannten. Angesichts der polarisierenden Situation – im Verkehr kann man es kaum allen recht machen – war die Amtsführung hervorragend. Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) hat eine wichtige Aufgabe in einem komplexen Feld der Marktherausforderungen. Aber auch kleine Dinge wie die Renaturierung der Flusslandschaften oder der Ausbau des Glasfasernetzes sind erfreulich. Die Verkehrsbetriebe können natürlich etwas Sorge bereiten. Die Herausforderungen sind gross. Mit den Anschlüssen ist man nicht immer glücklich. Wenn man spät abends in Zürich ankommt, verpasst man wegen wenigen Minuten die letzten Anschlüsse. Für diese unhaltbare Situation ist der ZVV verantwortlich. Trotzdem kann man insgesamt auch hier von einer guten Leistung sprechen. Das SSD ist meiner Einschätzung nach eher leicht zu führen, weil vieles in der Verantwortung der Schulkreise liegt. Aber auch hier stimmt die Leistung. Das Präsidialdepartement brilliert immer wieder mit dem Theaterspektakel. Es wird in den Vordergrund gestellt und ist in der Tat nicht mehr wegzudenken und erwirtschaftet auch einen Teil der Kosten wieder ein. Ob das Gezeigte gefällt, steht hier nicht zur Debatte. Im Theaterbereich wird einiges an Subventionen ausgerichtet, bei dem man die Sinnfrage stellen muss. Im Finanzdepartement ist vieles bereits geregelt und es wird umgesetzt, was aus den Departementen vorgegeben wird. Auch im HR wird viel Gegebenes umgesetzt. Die Informatik (OIZ) ist etwas eine Dunkelkammer. Auch bei der Stiftung für günstigen Wohnraum gibt es offene Fragen. Das Sozialdepartement hat viele Mittel die durchlaufen, Zusatzleistungen und die Sozialen Einrichtungen sind hier geben. Bei der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) kann man sich fragen, ob es nicht gelegentlich zu einer Bevormundung der Bürger auf

Kosten der Betroffenen kommt. Im Hochbaudepartement wurden sieben Schritte eingelagert, um die 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen. Je näher man diesem Ziel kommt, desto höher steigen die Kosten. Wenn man die Forderung nach der 2000-Watt-Gesellschaft umsetzen will, wird das sehr teuer. Auch die Frage der Handhabung bei Baubewilligungen ist offen. Zu denken gibt hier das Amt für Städtebau, bei dem es zu einer gewissen Bevormundung seitens der Denkmalpflege kommt, deren Kosten von den Hausbesitzern selbst getragen werden müssen. Hier fällt der Befund insgesamt unbefriedigend aus.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (FDP): *Zürich ist hervorragend verwaltet und der Geschäftsbericht 2017 bringt dies einmal mehr zum Ausdruck. Möglich wird dies durch die rund 27 000 Mitarbeitenden, die sich zum grössten Teil sehr kompetent und engagiert für unsere Stadt einsetzen. Die Beratung des Geschäftsberichts ist eine Möglichkeit, sich dafür zu bedanken – aber auch bei den Steuer- und Gebührenzahlern, die das überhaupt möglich machen. Die Kehrseite der Medaille betrifft die Regierungstätigkeit. Im Sinne von strategischem Weitblick und Durchsetzungsfähigkeit gibt es in unseren Augen noch viel Luft nach oben. Beim Thema «Sport ohne Gewalt» im Sicherheitsdepartement reicht es nicht, Expertengruppen tagen zu lassen. Um das Problem wirklich wirksam anzugehen, ist politische Führung gefordert. Wie im Geschäftsbericht ausgeführt, kommt es nicht so häufig zu Anzeigen gegen Einzelpersonen und es ist deshalb schwierig, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Die zur Diskussion stehenden Delikte sind aber in den allermeisten Fällen Officialdelikte. Man darf nicht auf Anzeigen von Einzelpersonen warten, sondern muss konsequent rapportieren, Beweismittel sichern und die Täterschaften konsequent verfolgen und den Strafverfolgungsbehörden überweisen. Dafür ist aber politische Führung gefordert. Im GUD wurden die Grossbaustellen Triemli und Waid bereits erwähnt. Es sind aber auch die Alters- und Pflegezentren, die angesichts der technologischen Innovationen und Entwicklungen in der Gesellschaft vor einer völligen Transformation stehen. Ich sehe dabei aber keine echten Umweltinnovationen aus dem GUD. Die GPK-Präsidentin sprach die Schnittstellenproblematik an. Wir denken dabei auch an den Projektstab Stadtrat, dessen Arbeit zwar sehr transparent dargestellt wurde, aber der wirkliche Bedarf einer solchen Koordinationsstelle ist auch im Hinblick auf die anstehende Verwaltungsreorganisation zu hinterfragen. In einem funktionierenden Departementalsystem sollte es eine solche eigentlich nicht brauchen. Abschliessend möchte ich die Arbeit von STR Filippo Leutenegger würdigen. Er verwaltete nicht nur, sondern überwand ideologische Schützengräben. Das zeigt sich in der Zunahme um fünf Prozentpunkte beim ÖV-, Velo- und Fussverkehr innerhalb der letzten fünf Jahre.*

Natalie Eberle (AL): *Wir stimmen dem Bericht zu, auch wenn es Zustände gibt, die man verbessern könnte. Dem Bericht des Gleichstellungsbüros konnte man entnehmen, dass die Stadtverwaltung bezüglich der Lohngleichheit sehr gut dasteht. Leider ist im Bericht aber auch ersichtlich, dass die Situation bei der Gleichstellung in Bezug auf Führungskaderstellen noch nicht zufriedenstellend ist. In praktisch jedem Departement beträgt der Überhang von Männern in den Führungskaderstellen mehr als die Hälfte. Der Überhang von Frauen in Fünfzig-Prozent-Stellen beträgt über 50 Prozent. In den meis-*

ten Fällen sind es 70 Prozent Frauen, die in Fünfzig-Prozent-Stellen arbeiten. Es wäre wünschenswert, wenn diesem Ungleichgewicht in der Stadtverwaltung mit konkreten Massnahmen etwas entgegengesetzt werden könnte.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wir können im GUD viel über die Spitalstrategie diskutieren, ich möchte aber einen Punkt herausgreifen. Die Fallzahlen sind sehr stark rückläufig und auch die Aufenthaltsdauer wurde verkürzt, was zu einer tieferen Auslastung führte. Die Pflagetage waren von 2013 bis 2016 stabil bei 72 000 und 76 000 Pflagetagen, sackten im Berichtsjahr aber auf 64 000 Pflagetage ab. Auch im Triemli sanken die Pflagetage, was mit der Fallpauschale zusammenhängen kann. Die Übergangspflege ist nicht immer optimal, weil sie für die Patienten gesundheitlich und finanziell belastend sein kann. Mit der abnehmenden Betreuungsdauer muss man die Frage der Übergangspflege neu stellen. Auch das Thema der 2000-Watt-Gesellschaft beschäftigt das Departement und auch hier muss man sich fragen, zu welchem Preis die Ziele erreichbar sind. Das Fazit fällt dabei bedenklich aus. Im Polizeidepartement leisten die einzelnen Dienststellen sehr gute Arbeit. Es ist aber problematisch, wie die Politik dieses Departement durchzieht. Das Tempo 30 löst grosse Erschütterung aus, weil es in der Lärmreduktion nichts ändert, man aber Bussen generieren kann. Rotlichtkameras und Geschwindigkeitskameras schiessen nur so aus dem Boden heraus. Diese Aufrüstung stimmt bedenklich. Man kann die Aufrüstung durch Ordnungsbussen finanzieren und treibt so immer mehr Bussen ein. Es fragt sich, ob man Angst und Schrecken verbreiten möchte oder finanzielle Mittel einspielen will. Wir erreichen hier langsam den Bereich der polizeistaatlichen Dimension.

Stefan Urech (SVP): Ich habe nur den Teil zum Schul- und Sportdepartement gelesen, aber schon der erste Satz darin zeigt das Problem auf. Ich zitiere aus dem Vorwort: «Das Berichtsjahr verlief ohne negative Vorkommnisse.» Dieser Satz erinnert mich an Sommerferienberichte von Schülern. Ich bin erstaunt, dass genau das Schuldepartement einen Bericht so beginnt. Neben dem Geschäftsbericht wird aber auch der Bericht der Ombudsfrau in der GPK behandelt. An die Ombudsfrau wendet man sich, wenn man Probleme mit einem Departement hat. Diese Frau schreibt nun in ihrem Bericht, dass der Problemschwerpunkt die Praxisfälle aus dem Schulbereich seien. «Im Berichtsjahr 2017 beschäftigten uns im Vergleich zum Vorjahr überdurchschnittlich viele Beschwerden von Eltern.» Ich finde es in diesem Zusammenhang gewagt, im Geschäftsbericht von «keinen Vorkommnissen» zu sprechen und damit alle Eltern, die sich von der Schar an Betreuern und Schulpersonal an Elternabenden überrannt fühlen, zu ignorieren. Bei der angesprochenen Genderungerechtigkeit erstaunt mich der fehlende Aufschrei im SSD; von 1200 Personen im Führungskader sind nur ein Drittel Männer. In den gemischten A/B-Klassen kann weniger gut auf starke und schwache Schüler eingegangen werden und die guten Lehrer laufen davon. Davon liest man im Bericht kein Wort. Auch der Leistungsabfall im Vergleich zu den ländlichen Gemeinden wird nicht angesprochen. Bei 47 Prozent Fremdsprachenanteil in den Klassen erstaunt dieser aber eigentlich nicht. Die Digitalisierung findet im Vergleich zum ganzen Betreuungsapart kaum Platz. Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass die Weiterbildungsangebote im Fach Medien völlig überbucht sind. In vielen Schulhäusern fehlt die entsprechende Lehrperson. Der Bericht ist schönfärberisch und ich bin froh, dass mit STR Filippo Leutenegger

ein Wechsel geschieht.

Duri Beer (SP): Ich finde es absolut berechtigt, ein Auge auf den Kosmos Schule zu werfen und kritisch nachzufragen, wenn man das Gefühl hat, der Bericht sei schönfärbisch. Es überrascht mich allerdings nicht, dass ein Geschäftsbericht eher mühsam zu lesen und auch ein wenig schönfärbisch ist. Es ist es eine Herausforderung, einen Geschäftsbericht leserfreundlich zu schreiben. Eine gewisse Einheitlichkeit und Lesefreundlichkeit sollte man beim Schreiben des Berichts immer im Auge behalten. Ich finde es aber empfehlenswert, den Bericht trotzdem ganz zu lesen. Er beinhaltet viele interessante Informationen. Ich beurteile die Tatsache, dass jedes zweite Kind eine andere Sprache als Deutsch zuerst lernt, anders als Stefan Urech (SVP). Unsere Erfahrung zeigt, dass Kinder mit einer anderen Erstsprache durchaus auch in Institutionen Deutsch lernen. Es ist meiner Meinung nach eine Bereicherung, wenn uns unsere Nachbarn eine Sprache vermitteln können und eine gewisse Vielfalt in den Alltag bringen. Die Stelle für Gewaltprävention erarbeitete Piktogramme, die mittlerweile auch vom Bund übernommen wurden. Bis letzten Sonntag hatte man nicht unbedingt den Eindruck, dass Michael Schmid (FDP) findet, die Verwaltung leiste eine hervorragende Arbeit. Umso mehr freut es mich, dies heute zu hören. Ich finde, es lohnt sich, der Verwaltung für die hervorragende Arbeit zu danken und es ist berechtigt, den Stadtrat zu würdigen, auch wenn es Luft nach oben gibt.

Michael Schmid (FDP): Mein Dank und Respekt für die Mitarbeiter der Zürcher Stadtverwaltung wurde richtig wiedergegeben. Die Verwaltung arbeitet grundsätzlich sehr gut, es haben sich über die Jahre aber Doppelspurigkeiten entwickelt, die zu unklaren Verantwortlichkeiten führen. Den Vorwurf, dass der Stadtrat die Weichen nicht richtig stellte, muss er sich nun gefallen lassen. Es war mit dem bisherigen Gemeindegesetz auch ein wenig komplizierter, weil die Verwaltungsorganisation in der Zuständigkeit des Rats und der Stimmbevölkerung lag. Mit dem neuen Gemeindegesetz ist aber klar, dass innerhalb einer Anzahl Departemente der Stadtrat die Verantwortung trägt, Doppelspurigkeiten zu bereinigen und eine Struktur zu schaffen, die der Verwaltung eine zielgerichtete Arbeit ermöglicht.

Christine Seidler (SP): Ich freue mich sehr über die Wertschätzung von Michael Schmid (FDP) und gebe ihm Recht, dass Doppelspurigkeiten abgebaut werden müssen. Es liegt einerseits in der Verantwortung des Stadtrats und andererseits in unserer politischen Verantwortung, dass wir der Verwaltung genug Mittel in die Hände geben, dass sie ihre Arbeit machen kann. Wir sind eine wachsende Stadt mit komplexen Aufgaben. Das führt manchmal zu Doppelspurigkeiten. Ich möchte das ernst nehmen und in einem konstruktiven Sinn kritisch beobachten, aber auch konstruktiv gemeinsam mit dem Stadtrat nach Lösungen suchen.

Roger Bartholdi (SVP): Für die GPK ist dieser Bericht eigentlich das Hauptgeschäft und ich stelle erstaunlicherweise fest, dass sich nur vier Personen dazu äussern. Ich finde man sollte diesen Aufwand entsprechend würdigen, sei das nun kritisch oder positiv. Wenn man zu der Anzahl Kinder, die Deutsch lernen müssen, noch alle in der Schweiz Geborenen dazuzählt, die nach dem Dialekt Hochdeutsch lernen müssen, sind

es 90 Prozent der Kinder, die Deutsch lernen müssen. Es stehen auch kritische Sachen im Bericht. «Im Jahr 2017 gab es harte Diskussionen, wie die Kosten der beiden Stadtspitäler optimiert werden können.» Ich glaube die Meisten können sich an die intensiven Diskussionen hier im Gemeinderat, aber auch in den Medien, erinnern. Diese mit einem Satz zu erwähnen, ist meiner Meinung nach etwas wenig. Auch zur Problematik in der Kommission steht nur ein Satz. Wenn man sich die einzelnen Punkte zu den Spitälern ansieht, sieht man auch viel Lobenswertes wie die Optimierung des OP-Managements oder die Massnahmen zum Fachkräftemangel. Nichtsdestotrotz wird wenig von den Hauptproblemen gesprochen. Da die Probleme zum Rückzug einer Stadträtin im Wahlkampf führten, hätte man sie in diesem Bericht mehr ausführen können. Man hätte auch genauer erklären können, weshalb es zu diesen harten Diskussionen kam und wie sie entstanden.

Samuel Balsiger (SVP): Der Geschäftsbericht sollte Rechenschaft über die wesentlichen Tätigkeiten der Stadt ablegen. Eines der ideologisch wichtigsten Ziele ist die 2000-Watt-Gesellschaft. Man würde erwarten, dass in diesem Geschäftsbericht entsprechend Bilanz gezogen wird, wo die Stadt in diesem Ziel steht. Man liest aber nichts mit Substanz. 2017 verschickte die Stadt eine Medienmitteilung mit dem Titel «2000-Watt-Gesellschaft: Eine durchgezogene Bilanz». Im Text steht, dass die aktuelle Bilanz durchgezogen ausfällt. Der Geschäftsbericht verfehlt komplett das Ziel, über das Geschehen in der Stadt aufzuklären. Um das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen, wären so grosse Anstrengungen notwendig, dass man sie lieber nicht in den Geschäftsbericht schreibt und die Menschen weiterhin täuschen kann. Man müsste offen und ehrlich kommunizieren, dass die 2000-Watt-Gesellschaft unmöglich zu erreichen ist und man massiv auf Lebensqualität und Wohlstand verzichten müsste. Alleine schon wer einen guten Lohn hat, arbeitet gegen die 2000-Watt-Gesellschaft, weil durch Konsum die 2000-Watt-Gesellschaft unterlaufen wird. Man müsste dafür sorgen, dass Menschen einen tiefen Lohn haben, nicht ins Theater gehen und keine Freude am Leben haben; nur dann wäre die 2000-Watt-Gesellschaft möglich. Das möchte aber niemand zugeben und man will auch selbst nicht auf Konsum, den Theaterbesuch oder den guten Lohn verzichten.

Urs Helfenstein (SP): Roger Bartholdi (SVP) sprach einige Sachen an, die im Jahr 2018 entstanden und deshalb nicht im Bericht von 2017 erscheinen können. Ich habe schon mehrfach gehört, dass es Probleme mit den unterschiedlichen Erstsprachen gibt. Das Problem sehe ich dabei nicht wirklich. Ich möchte aber Eduard Blocher, Grossvater des SVP-Politikers Christoph Blocher, zitieren: «Die höchsten sprachlichen Leistungen sind nur dem Einsprachigen möglich.» «Sind alle Schädigungen sprachlicher Art überwunden, so zeigt immer noch das Denken gewisse Spuren der Zweisprachigkeit.» oder «Er, der Zweisprachige, lebt in schädlichen Täuschungen und leidet vielfach an Selbstüberschätzung.» Ich habe das Gefühl, dass einige dieser Meinungen immer noch vorhanden sind.

Stefan Urech (SVP): Das Problem bei fast 50 Prozent Fremdsprachenanteil in den Schulzimmern ist, dass auch Mathematik, Geschichte und andere Fächer auf Deutsch unterrichtet werden. Wenn ein Schüler nicht gut Deutsch sprechen kann, hat er auch Probleme in diesen Fächern und fällt so in der Gesamtschulleistung ab. Es freute mich

ein wenig, das Duri Beer (SP) und ich uns einig sind, dass der Geschäftsbericht an gewisser Schönfärberei leidet. Duri Beer (SP) meint aber, das sei normal und auch bei privaten Unternehmen nicht anders. Das stimmt so weit. Der grosse Unterschied von privaten Firmen und dem Geschäftsbericht der Stadt ist aber, dass sie ein Produkt verkaufen und unter Konkurrenzdruck stehen. Die Stadt hat aber ein Monopol und muss kein Produkt verkaufen. Man kann deshalb auch erwarten, dass die gewählten Stadträte in ihren entsprechenden Departementen offen darüber sprechen, wo es Probleme gibt und nicht einfach behaupten, alles sei gut.

Roger Bartholdi (SVP): *Es kam der Vorwurf, ich hätte aus dem aktuellen Jahr und nicht aus dem Berichtsjahr Beispiele gebracht. Ich habe erwähnt, dass die Stadträtin nicht mehr kandidierte. Ich sagte aber auch, dass die Ursache bereits in den Vorjahren liegt. Ich habe die im Geschäftsbericht erwähnte harte Diskussion zitiert und ich sagte, mir würden dazu die genauen Erläuterungen fehlen. Im Bericht steht: «Nach ausführlicher Vorstellung der Weisung und der zugrundeliegenden Zusammenhänge hat die Spezialkommission GUD im November 2017 entschieden, die Vorlage an den Stadtrat zurückzuweisen (...)». Die Diskussion war offensichtlich im November 2017 und ich weiss deshalb nicht, welche Aussage ich zum Jahr 2018 gemacht haben soll.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Detailanträge der GPK (Abschreibungsanträge Postulate)

Der Rat stimmt den Abschreibungsanträgen der GPK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Christine Seidler (SP), Referentin; Duri Beer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Markus Kunz (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Matthias Renggli (SP), Mischa Schiwow (AL), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2017 (Beilage) wird abgenommen.
2. Folgende Geschäfte werden als erledigt abgeschrieben:

Präsidialdepartement

POS 2011/000161	18.05.2011 16.01.2013	Savarioud Marcel Areal des ehemaligen Militärflugplatzes Dübendorf, Erhalt als strategische Landreserve für Sondernutzungen im Interesse der gesamten Bevölkerung
POS 2013/000330	18.09.2013 23.10.2013	SVP-Fraktion, CVP-Fraktion und FDP-Fraktion Verzicht auf eine nominale Erhöhung der Kulturausgaben bis zum Ende der Kulturleitbildperiode 2018
POS 2014/000205	18.06.2014 22.10.2014	Garcia Isabel und Baumann Markus Einführung einer standardisierten CO2-Abgabe auf allen Flügen ab Zürich
POS 2016/000028	20.01.2016 10.02.2016	von Matt Hans Urs und Traber Christian Preis- und Förderbeiträge an Kulturschaffende, Ausrichtung von Beiträgen an die berufliche Vorsorge gemäss dem Kulturförderungsgesetz

Finanzdepartement

POS 2002/000444	30.10.2002 02.07.2003	Walther Rolf und Rosenheim Monjek Gebühren der Stadt Zürich, Bericht
POS 2005/000503	30.11.2005 14.12.2005	Erfigen Monika und Liebi Roger Pensionskasse Stadt Zürich, Verringerung der Zinslast durch Kapitalaufnahme
POS 2010/000500	01.12.2010 06.04.2011	AL-Fraktion Besteuerung der FIFA in der Stadt und im Kanton Zürich
POS 2011/000338	14.09.2011 27.02.2013	Badran Jacqueline und Graf Davy Erwerb der freiwerdenden Gebäude der kantonalen Polizei und Justiz für gemeinnützige Wohn- und Gewerbenutzungen
POS 2011/000377	05.10.2011 27.02.2013	Bär Linda und Badran Jacqueline Versand des Dankesbriefs für die Steuerleistung nach dem Zufallsprinzip oder Verzicht

Sicherheitsdepartement

POS 2004/000455	01.09.2004 06.06.2007	Bucher Gregor Universitätstrasse / Huttensteig, sichere Gestaltung der Strassenübergänge
POS 2009/000258	10.06.2009 08.02.2012	Bloch Süss Monika und Butz Marlène Höhere Verkehrssicherheit auf dem Bahnhofplatz des Bahnhofs Enge

10 / 14

POS 2011/000126	13.04.2011 31.10.2012	Schönbächler Marcel und Meier Daniel Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Limmatstrasse zwischen Limmatplatz und Escher-Wyss-Platz
POS 2011/000265	06.07.2011 24.08.2011	Hagger Joachim und Jäger Alexander Automatisierung von Dienstleistungen für Parkplatzbenützer via Internet oder Mobiltelefon
POS 2012/000195	09.05.2012 30.01.2013	Küng Peter und Huber Patrick Hadi Verbesserung der Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger an der Bullingerstrasse zwischen Herdernstrasse und Bullingerplatz
POS 2014/000175	23.10.2013 04.06.2014	Hug Christina und Kisker Gabriele Allgemeine Polizeiverordnung (APV), Beschränkung des Einsatzes von Laubbläsern und Laubsaugern auf die Monate Oktober und November
POS 2014/000009	08.01.2014 22.01.2014	CVP-Fraktion Fahrverbotszonen der Stadt, Verzicht auf eine Zufahrtsbewilligung mit Gebührenerhebung für die Zufahrtberechtigten
POS 2014/000293	26.03.2014 17.09.2014	Vocat Fabienne Einführung von Qualitätssicherungs- und Entlastungsmassnahmen für die Polizistinnen und Polizisten der Stadt
POS 2014/000107	02.04.2014 17.09.2014	Knauss Markus und Probst Matthias Verbesserung der Sicherheit zwischen Stauffacher und Sihlporte mit einem Velostreifen
POS 2015/000020	21.01.2015 18.03.2015	Silberring Pawel und Wyler Rebekka Passantenstopper bei Läden in Seitengassen von Kernzonen, Anpassung der Bewilligungskriterien
POS 2015/000104	08.04.2015 01.07.2015	Bär Linda und Silberring Pawel Sechseläutenplatz, Zulassung von künstlerischen Darbietungen
POS 2015/000107	15.04.2015 01.07.2015	Sangines Alan David und Bär Linda Verhinderung von auf «Racial Profiling» basierten Kontrollen durch die Stadtpolizei
POS 2015/000110	15.04.2015 01.07.2015	Urben Michel und Meier-Bohrer Karin Buseinfahrt an der Schaffhauserstrasse Höhe Tramendstation Seebach, Verbesserung der Signalisation für die Fussgängerinnen und Fussgänger
POS 2015/000137	20.05.2015 19.08.2015	Marti Min Li und Dubno Samuel Polizeimeldungen und Kommunikation der Stadtpolizei, Verzicht auf die Angabe der Nationalität von Täterinnen und Tätern sowie von Opfern
POS 2017/000107	12.04.2017 28.06.2017	Rykart Sutter Karin und Probst Matthias Stadtpolizei, Umsetzung von Art. 54 des Strassenverkehrsgesetzes, Kontrolle sowie Verhindern der Weiterfahrt bei Fahrzeugen, die vermeidbaren Lärm verursachen

Gesundheits- und Umweltdepartement

POS 2010/000075	03.02.2010 03.03.2010	Bloch Süss Monika und von Matt Hans Urs Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Personal der Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)
POS 2015/000032	28.01.2015 20.05.2015	Hüni Guido und Garcia Isabel Vermeidung von Lebensmittelverschwendung in den städtischen Verpflegungsbetrieben
POS 2015/000334	21.10.2015 04.11.2015	Lamprecht Pascal und Uttinger Ursula Erweiterung der Anzahl der Notfallparkplätze und der Parkzeiten bei den Stadtspitälern

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

POS 1992/000528	18.11.1992 25.05.1994	Baur Toni Veloroute Margaretenweg, Realisierung der fehlenden Teilstücke
POS 1994/000154	18.05.1994 08.06.1994	Baur Toni und Niggli Peter Wollishofen, Massnahmenplan zur Verkehrsberuhigung
POS 1994/000169	25.05.1994 08.06.1994	Widmer Graf Andrea und 9 Mitunterzeichnende Kreis 2, Ausarbeitung eines Verkehrskonzeptes
POS 2004/000098	03.03.2004 13.09.2006	SVP-Fraktion Graffitis und andere Verunreinigungen, Entfernung durch Private
POS 2008/000078	30.01.2008 26.05.2010	von Matt Hans Urs und Wyler Rebekka Agnes-Robmann-Weg, Ausbau für den Veloverkehr
POS 2008/000300	25.06.2008 27.08.2008	Knauss Markus und Leupi Daniel Westtangente, Umsetzung flankierender Massnahmen
POS 2009/000514	11.11.2009 09.03.2011	Spieler Frauenfelder Marianne und Jahreiss-Montagnani Fiammetta Bahnhof Wollishofen, behinderten- und familiengerechter Zugang zu den Perrons und zum Seeufer
POS 2009/000599	11.12.2009 29.02.2012	Bloch Süss Monika und Abele Martin Fussgängerführung vom Areal Sihlcity bis zur Haltestelle Sihlcity Nord
POS 2011/000122	13.04.2011 29.06.2011	SP-, Grüne-, AL- und GLP-Fraktion Einhaltung der Bestimmungen des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe auf städtischen Baustellen
POS 2011/000202	08.06.2011 20.03.2013	Spiess Christoph und Blöchlinger Patrick Ausbau des Velowegnetzes ohne Nachteile und Gefahren für die Fussgängerinnen und Fussgänger

12 / 14

POS 2013/000069	06.03.2013 20.03.2013	Brander Simone und Knauss Markus Steigerung der Aufenthalts- und Nutzungsqualität auf dem Hardplatz unter Berücksichtigung der Massnahmenvorschläge der Klimaanalyse
POS 2013/000070	06.03.2013 20.03.2013	Käppeli Hans Jörg und Schönbächler Marcel Optimierung der Buskanten bei der Haltestelle Hardbrücke
POS 2013/000109	27.03.2013 10.04.2013	Scheck Roland und Hüssy Kurt Öffentliche Ausschreibung für die Beschaffung der Kehrrechtge- bührensäcke
POS 2013/000167	15.05.2013 27.11.2013	Knauss Markus und Probst Matthias Anpassung der Randabschlüsse bei Veloführungen über Trot- toirs
POS 2014/000274	03.09.2014 21.01.2015	Guggenheim Eduard und Gautschi Adrian Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Abschnitt Beder- strasse/Manessestrasse
POS 2014/000295	17.09.2014 21.01.2015	Merki Markus und Sobernheim Sven Velohauptroute an der Friesstrasse vom Bahnhof Oerlikon nach Seebach, gleichzeitige Inbetriebnahme mit der Velostation O- erlikon Ost
POS 2014/000352	05.11.2014 21.01.2015	Knauss Markus und Probst Matthias Negrellisteg, Realisierung durch eine private Finanzierung
POS 2015/000044	04.02.2015 04.03.2015	Knauss Markus und Trevisan Guido Bushaltestelle Bahnhof Hardbrücke, Verbesserung der Situation für die Passagiere und Velofahrenden mit einer Lichtinsel
POS 2015/000071	11.03.2015 27.05.2015	Moser Felix und Nabholz Ann-Catherine Verzicht auf eine Helikopter-Unterstützung bei der Bewirtschaf- tung der Waldgebiete der Stadt
POS 2015/000264	19.08.2015 16.09.2015	Simon Claudia und Bodmer Onorina Sanierungsarbeiten am Central, bessere Koordination mit ande- ren Bauvorhaben sowie Verbesserung der Ersatzverbindungen und der Fahrplanempfehlungen
POS 2015/000352	04.11.2015 16.12.2015	Probst Matthias und Hirsiger Eva Aufhebung von Parkplätzen der Blauen Zone im nahen Perime- ter des Neubauprojekts der Allgemeinen Baugenossenschaft an der Toblerstrasse

Hochbaudepartement

POS 1975/000001	10.12.1975 28.04.1976	Bürcher Beat und 27 Mitunterzeichnende Kasernenareal, künftige Nutzung
--------------------	--------------------------	---

13 / 14

POS 1987/000023	09.12.1987 09.11.1988	Kammerer Bruno und 4 Mitunterzeichnende Kasernenareal, Erlass eines Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes
POS 1989/000322	07.06.1989 28.06.1989	Kammerer Bruno und 4 Mitunterzeichnende Kasernenareal, Gesamtstädtisches Entwicklungs- und Nutzungskonzept
POS 1995/000386	22.11.1995 04.09.1996	Vögeli Esther und 3 Mitunterzeichnende Kasernenareal, öffentliche Nutzung
POS 2002/000123	10.04.2002 13.11.2002	Fiala Doris und Walther Rolf Bahnhofbrücke-Mühlesteig, Verbesserung der städtebaulichen Situation
POS 2012/000155	04.04.2012 04.07.2012	Huber Patrick Hadi und Küng Peter Quartiernahe Nutzung des Kasernenareals
POS 2013/000391	13.11.2013 20.11.2013	Grüne-Fraktion Platzierung der ZM-Pavillons ohne Beeinträchtigung der Freihaltezonen und der von Schülerinnen und Schülern genutzten Freiflächen

Departement der Industriellen Betriebe

POS 2001/000208	04.04.2001 02.04.2003	Hofstetter Stefan und 6 Mitunterzeichnende Hybridfahrzeuge, Beschaffung
POS 2015/000245	08.07.2015 23.09.2015	Nabholz Ann-Catherine und Steger Heinz Einführung eines ZVV-Netzpasses für Hunde mit einem angemessenen Tarif
POS 2015/000309	16.09.2015 23.09.2015	Edelmann Andreas und Kunz Markus Zusätzliche Förderangebote für eine effiziente Nutzung von Solarstrom
POS 2016/000169	18.05.2016 26.10.2016	Tognella Roger und Egli Andreas Personenwagen der städtischen Dienstabteilungen, Erneuerung mit einem Elektromobilitätsanteil von mindestens 20 %
POS 2017/000358	04.10.2017 08.11.2017	Probst Matthias und Kunz Markus Weiterentwicklung der Smart Grid-Technologie in Richtung autonome Subnetze und intelligente Stromkunden

Schul- und Sportdepartement

POS 2008/000238	28.05.2008 01.09.2010	Liebi Roger und Tuena Mauro Schulwegerleichterungen, Kostensenkung
--------------------	--------------------------	---

14 / 14

POS 2013/000390	13.11.2013 25.06.2014	Esseiva Nicolas und Straub Esther Ferienangebot des Schul- und Sportdepartements, vermehrtes Angebot von ganz- und mehrtägigen Schulkultur-Programmen
POS 2014/000391	03.12.2014 17.12.2014	SP-Fraktion und Grüne-Fraktion Schliessung von Quartierstandorten der Pestalozzi-Bibliothek (PBZ), Kompensation durch eine Zusammenarbeit mit anderen Anbieterinnen und Anbietern
POS 2015/000266	19.08.2015 02.09.2015	Rosa Maino und Walter Angst Publikation der Beschlüsse der Kreisschulpräsidentinnen- und Präsidentenkonferenz im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips
POS 2015/000310	16.09.2015 30.09.2015	Daniel Regli und Martin Götzl Pilotprojekt mit gebundenen Tagesschulen, Verhinderung von sozialen Härtefällen bei Kindern, die nicht am Pilotprojekt teilnehmen

Sozialdepartement

POS 2013/000395	13.11.2013 11.06.2014	Tognella Roger und Frei Dorothea Einrichtung des Schwamendinger «Kinderhuus» in der städtischen Liegenschaft an der Friedrichstrasse 9 unter Nutzung der Synergien zwischen den bestehenden Institutionen und Angeboten
POS 2015/000303	09.09.2015 04.11.2015	Schäfli Corinne Richtlinien für die Einforderung von Konkubinatsbeiträgen

1 = Eingangsdatum, 2 = Überweisungsdatum, 3 = GR Nr.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation der Ziffer 1 am 3. Oktober 2018 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat